

Eine britische Vision für Europa

42. MÜHLENKREISGESPRÄCH

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine Damen und Herren,

ich freue mich sehr, dass ich heute Abend bei Ihnen sein darf. Ich will Ihnen nicht die gute Laune verderben, aber ich bin gebeten worden, über das Thema Großbritannien und Europa zu sprechen.

Das ist ein ziemlich schwieriges und heikles Thema, über das man als Brite vielleicht besser in „plain English“ sprechen sollte.

Aber als Botschafter in Deutschland muss ich ja auch beweisen, dass ich des Deutschen mächtig bin. Ich werde meine Rede also auf Deutsch halten, und Ihre Fragen notfalls, wenn besondere rhetorische Künste erforderlich sein sollten, in meiner Muttersprache beantworten.

Lassen Sie mich aber einmal mit einem wirklich erfreulichen Thema beginnen. Wahrscheinlich sind die Zuhörer auf der ganzen Welt inzwischen gelangweilt, wenn britische Botschafter immer wieder Lobeshymnen auf die Olympischen und Paralympischen Spiele singen. Ich werde mich also etwas zurückhalten – 2013 werde ich mir nur noch einen Satz pro Rede erlauben. Aber 2012 denke ich, dass ich mich noch austoben kann!

Ich werde Ihnen also zwei Geschichten erzählen. Die erste: Letzten Freitag war ich bei der Siegerehrung des Berliner Ruderclubs. Zwei Clubmitglieder gehörten dem Männer-Achter an, der in London Großbritannien auf Platz 2 verwies. Das Rennen war spannend, aber bei aller Enttäuschung hatte ich nie am Ausgang gezweifelt. Ich

hatte ja in der Bild-Zeitung die Olympia-Prognosen gelesen, wo dem Männer-Achter eine Erfolgchance von 100% vorhergesagt wurde. Meine Enttäuschung war allerdings etwas gemildert worden, als kurz vor dem deutschen Sieg zwei Britinnen die erste britische Goldmedaille im Frauen-Rudern holten. Am Ende der Ruder-Regatta hatten Großbritannien und Deutschland zusammen sechs der 14 Goldmedaillen im Rudern, also fast 50% - Großbritannien vier und Deutschland zwei!

Meine zweite Geschichte handelt von einer deutschen Kugelstoßerin, die zum sechsten Mal an den Paralympics teilnahm. In Athen holte sie Gold vor 2000 Zuschauern. Irrendwie traurig. In Peking holte sie Gold vor einem vollgepackten Stadion – aber über die Hälfte davon waren Soldaten, die dazu gezwungen wurden und kein Interesse am Geschehen hatten. Auch traurig. In London gewann sie die Bronze-Medaille vor 80.000 Zuschauern, die sie alle anfeuerten. Sie erzählte mir, natürlich hätten die Zuschauer die Briten am meisten unterstützt, aber sie hätten alle Athleten unterstützt. Obwohl sie schon neun Goldmedaillen gewonnen hatte, sei dies das schönste Erlebnis in ihrer sportlichen Karriere gewesen. Ich bin stolz auf dieses Zeichen von Fair Play. Ich hoffe, dass die Spiele für Großbritannien ähnlich positive Nachwirkungen haben werden wie die Fußball-WM 2006 für Deutschland.

Nach dieser heiteren Einstimmung komme ich nun zu meinem ersten Thema, Europa und wie wir Briten es sehen.

Dass mehr über Großbritannien und Europa gesprochen wird als über Großbritannien in

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

MINDEN

SIMON MCDONALD

15. November 2012

www.kas.de

www.kas.de/dortmund

Europa, sei allein schon bezeichnend, sagen mir deutsche Gesprächspartner immer wieder. Darin zeige sich eine Polarisierung in unserem Verhältnis zu den europäischen Partnern und zu Europas Institutionen.

Zugegeben: auf einigen Gebieten gibt es durchaus Differenzen – das hat soziale, kulturelle, geografische und politische Gründe. Aber auf anderen Gebieten haben wir viele gemeinsame Ziele.

Am deutlichsten zeigt sich unsere gemeinsame Agenda bei drei Themen, die unsere beiden Regierungen im Moment stark beschäftigen:

- die aktuelle Krise – die Schuldenkrise, die Euro-Krise und eine allgemeine Vertrauenskrise,
- die Wirtschaftsleistung unserer beiden Länder und die globale Wettbewerbsfähigkeit, und
- die Zukunft Europas und mögliche weitere institutionelle Veränderungen.

Unser Außenminister William Hague hat sich in einer Rede, die er im Oktober bei der Körber-Stiftung in Berlin gehalten hat, zu all diesen Fragen geäußert. Das wichtigste Thema in Deutschland sei natürlich die Bewältigung der Krise im Euroraum, so der Außenminister, und Großbritannien selbst habe großes Interesse an einer raschen und nachhaltigen Lösung. Nichts würde unserer eigenen wirtschaftlichen Erholung mehr helfen als ein Ende der Krise. Hiervon hängen die Hoffnungen und Lebensgrundlagen von zig Millionen europäischen Bürgern ab, und auch die politische Stabilität im weiteren Sinne steht auf dem Spiel.

Die Europäische Union ist aber mehr als nur der Euroraum. Ich will heute also nicht zu viel über die Einzelheiten der Bankenunion oder die Vergemeinschaftung der Einlagensicherung reden. Ich möchte aus einer breiteren Perspektive über die Zukunft Europas sprechen.

Der Friedensnobelpreis hat uns daran erinnert, welches die größten Leistungen der EU sind: der Aufbau des Binnenmarkts und die Erweiterung der Europäischen Union. Die Europäische Union hat dazu beigetragen, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in ganz Europa zu verbreiten und zu verankern. Der Binnenmarkt hat Hunderten von Millionen Menschen Wohlstand und Chancen gebracht. Deshalb dürfen die Lösungen, die wir für die aktuelle Krise finden, auf keinen Fall die Integrität und die Errungenschaften der Union insgesamt gefährden.

Vor dem Hintergrund der Globalisierung und des Wettbewerbs mit Hunderten von Millionen hoch qualifizierten und arbeitswilligen Menschen in aller Welt steht jeder europäische Staat vor der Frage, wie er sein wirtschaftliches Wohl sichern und seiner Stimme Gehör verschaffen kann. Und die Frage an die Europäische Union lautet dann: Wie kann sie uns dabei helfen, diese beiden Herausforderungen zu meistern?

Viele europäische Volkswirtschaften stagnieren. Wir können uns nicht mehr darauf verlassen, Wachstum durch höhere Ausgaben des Staates oder der Verbraucher zu schaffen. Wachstum ist nur durch mehr Handel möglich – Handel innerhalb und außerhalb der EU.

Hierfür muss der Binnenmarkt ausgeweitet und vertieft werden. Der Binnenmarkt ist einer der größten Erfolge der Europäischen Union. Seine vier Freiheiten haben das heutige Großbritannien geprägt. Ein Kommentator hat einmal an einem Beispiel deutlich gemacht, welche Rolle der Binnenmarkt im britischen Alltag spielt. Ein Pole (bei uns leben eine halbe Million Polen), verlässt morgens sein Haus, das von einem deutschen Energieversorger – EON – beheizt wird, nimmt einen Bus, der einem französischen Unternehmen gehört – RATP – , tätig auf seinem Handy – einem Nokia aus Finnland – einen Anruf über einen französisch-deutschen Betreiber – Orange – und hebt Geld von seiner Bank ab – der spanischen Santander. Andere predigen Europa, wir praktizieren es. Wir begrüßen die Vorschläge für die Binnenmarktakte II, sie gehen absolut in die richtige Richtung. Aber

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

MINDEN

SIMON MCDONALD

15. November 2012

www.kas.de

www.kas.de/dortmund

wir müssen jetzt den kollektiven Willen und Ehrgeiz aufbringen, den Binnenmarkt auch in den Bereichen digitale Wirtschaft, Dienstleistungen und Energie zu verwirklichen.

Außerdem sollten wir unser kollektives Gewicht als größter Handelsblock der Welt viel besser einsetzen. Deutschland ist Europas wichtigster Exporteur, und die britische Volkswirtschaft zählt weltweit zu den offensiven. Im Juli war Großbritanniens Handel mit der übrigen Welt erstmals größer als unser Handel mit der EU, beide Handelsströme wollen wir ausweiten. Ein riesiges Potenzial liegt auch im Ausbau der Handelsbeziehungen zu den Schwellenländern. Die EU verhandelt weiter über Freihandelsabkommen mit Ländern wie Kanada, Japan, Singapur und Indien. Wenn wir alle diese Abkommen unter Dach und Fach bringen würden, könnte das Bruttoinlandsprodukt der EU um bis zu 60 Milliarden Euro jährlich gesteigert werden. Wir sollten noch weiter gehen und unser ehrgeiziges Ziel erreichen, ein Freihandelsabkommen mit den USA zu schließen.

Wenn es uns nicht gelingt, unsere Volkswirtschaften global wettbewerbsfähig zu machen, dann werden alle anderen Bemühungen, alle Verträge, die wir unterzeichnen, letzten Endes ohne Bedeutung sein. Die EU-27 hat hier einen großen Auftrag zu erfüllen, und Großbritannien wird dabei eine Vorreiterrolle spielen.

Auch außenpolitisch haben die letzten Jahre gezeigt, was europäische Staaten erreichen können, wenn sie zusammenarbeiten. Wir haben das iranische Atomprogramm in Schach gehalten und die Demokratisierung in Birma unterstützt, den aufstrebenden Demokratien in der arabischen Welt Hilfe angeboten. Wir waren Vorreiter beim Klimaschutz und haben die Piraterie am Horn von Afrika bekämpft. In allen Fällen war Großbritannien an der Gestaltung der europäischen Politik maßgeblich beteiligt, und wir werden uns auch weiter engagieren. Wir würden einen schweren Fehler begehen, wenn wir uns jetzt wegen der aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zurückhalten würden. Wir sollten vielmehr selbstbewusst und weltoffen auftreten. Wie uns der

Arabische Frühling wieder einmal gezeigt hat, sind unsere europäischen Werte Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit universell. Unsere offenen Gesellschaften und Volkswirtschaften sind Modelle für die Zukunft.

Die Zusammenarbeit in der EU bei den großen globalen Themen hat es uns ermöglicht, unsere gemeinsamen Interessen und Werte wirksam zu fördern. Aber das heißt nicht, dass wir versuchen sollten, zu jedem Thema eine einheitliche europäische Position zu formulieren.

Aus unserer Sicht sollten die nationale Diplomatie der Mitgliedstaaten und internationale Institutionen wie die NATO eine eigene Rolle, unabhängig von den gemeinsamen Aktionen der EU haben. Die EU ist Teil der Lösung für die großen Fragen unserer Zeit, aber sie ist nicht die einzige Lösung.

Und nur weil manches in Abstimmung mit unseren europäischen Partnern gut funktioniert, brauchen wir deshalb noch nicht alles im Siebenundzwanziger-Club zu unternehmen. Eine effektivere EU muss nicht unbedingt größer, teurer oder zentralisierter sein.

Wenn wir der Europäischen Union die Flexibilität, Legitimität und Handlungsfähigkeit geben wollen, die sie im 21. Jahrhundert braucht, müssen wir drei große Fragen lösen:

Erstens: welche Struktur geben wir der EU, wenn die Mitglieder unterschiedliche Grade von Integration anstreben, ohne die Einheit der EU aufzugeben?

Zweitens: wie lösen wir das Problem der demokratischen Legitimation und verantwortlicher Entscheidungsprozesse in der EU, das in den meisten Mitgliedstaaten zunehmend Sorge bereitet?

Drittens: wie sorgen wir für die richtige Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der EU und den Mitgliedstaaten? Das sind keine einfachen Fragen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

MINDEN

SIMON MCDONALD

15. November 2012

www.kas.de

www.kas.de/dortmund

Mit einigen Kompetenzen der EU sollten wir uns noch einmal neu befassen. Sie müssen unseren Wählern einleuchten. Deshalb wird die britische Regierung in den nächsten zwei Jahren prüfen, was die EU tut und wie sich das auf uns in Großbritannien auswirkt. Dies ist ein konstruktiver und seriöser britischer Beitrag zur öffentlichen Debatte, die in ganz Europa über die Reform und Modernisierung der EU geführt wird.

In manchen Fällen, zum Beispiel bei der Erweiterung des Binnenmarkts oder der Reaktion auf internationale Probleme, ist ein stärkeres europäisches Engagement sinnvoll. Aber in anderen Fällen ist weniger mehr. Die EU wäre stärker, wenn sie den Bürgern sinnvoller erscheinen würde, wenn sie nur dort in Aktion treten würde, wo ein Handeln auf europäischer Ebene sachlich gerechtfertigt ist. Da gibt es durchaus gemeinsamen Boden mit Deutschland. Im Europäischen Rat im Oktober hat Ihre Bundeskanzlerin zu Recht gefordert, dass die Kommission prüfen solle, wo die Belastung durch die Regulierung reduziert werden könnte.

Die Europäische Union ist schon jetzt von Vielfalt geprägt, und mit zunehmender Erweiterung wird sie immer vielfältiger werden. Wenn einmal alle Staaten auf dem westlichen Balkan beigetreten sind, wird sie mehr als 30 Mitglieder haben. Ihre Bürger richten unterschiedliche Erwartungen an sie. Manche werden dem Euroraum angehören, andere nicht. Manche können sich mit Ideen des Föderalismus anfreunden, andere nicht. Manche, wie Großbritannien, engagieren sich aktiv in der Außen- und Sicherheitspolitik, andere tun sich schwer damit. Manche sehnen sich danach, die Märkte weiter zu öffnen, andere finden diese Idee bedrohlich.

Wir sollten diese Vielfalt anerkennen und dazu stehen – es wäre falsch, sie uns wegzuwünschen. Wir müssen auf unsere Bürger und demokratischen Institutionen hören – nicht nur in Großbritannien, sondern in ganz Europa. Wenn wir uns taub stellen, schaden wir uns selbst. Extremistische Parteien konnten in Großbritannien und Deutschland bisher keine großen Erfolge

verbuchen, aber leider ist das nicht in allen EU-Staaten so.

Die britische Regierung will, dass Großbritannien eine führende Rolle in Europa spielt, aber die Unzufriedenheit der britischen Öffentlichkeit mit der EU ist so groß wie nie zuvor. Die Bürger haben das Gefühl, dass die EU ihnen in zu vieler Hinsicht etwas aufzwingt, bei dem sie nicht mitreden können. Das muss sich ändern. Wenn es nicht möglich ist, Kompetenzen, die an die EU abgetreten wurden, wieder in die nationalen Parlamente zurückzuholen, dann ist das System nicht mehr demokratisch tragfähig. Das Subsidiaritätsprinzip darf nicht ausgehebelt werden. Dies wird in Großbritannien vielleicht am stärksten so empfunden, aber wir sind nicht die Einzigen, die Vorbehalte haben.

Ein ganz aktuelles Beispiel ist die Richtlinie für eine Frauenquote in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen, die die Kommission gestern vorgeschlagen hat. Das Thema wird in der Öffentlichkeit natürlich ziemlich kontrovers diskutiert. Elf Mitgliedstaaten haben der Kommission geschrieben und sich ausdrücklich gegen die Quote ausgesprochen, aus Gründen des Subsidiaritätsprinzips. Nur vier waren dafür. Auch einige Mitglieder der Kommission (vor allem Frauen) haben die Einführung obligatorischer Quoten kritisiert. Großbritannien und Deutschland wollen beide, dass Frauen in den Vorständen besser vertreten sind. Aber genau wie andere Staaten haben wir immer gesagt, dass diese Frage am besten auf einzelstaatlicher Ebene geregelt werden sollte. Trotzdem verfolgt die Europäische Kommission, ermuntert vom Europäischen Parlament, weiter eine Politik, die von der Mehrheit der Mitgliedstaaten abgelehnt wird.

Der EU-Haushalt ist ein weiteres Thema, das nächste Woche auf die Tagesordnung kommt. Wir wollen einen Haushalt, der einen Mehrwert bringt und etwas mit der realen Welt zu tun hat. Großbritannien ist nach Deutschland der zweitgrößte Nettozahler, aber in Großbritannien müssen wir – außer bei der Gesundheit und der internationalen Entwicklung – überall sparen. Vor diesem

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

MINDEN

SIMON MCDONALD

15. November 2012

www.kas.de

www.kas.de/dortmund

Hintergrund verstehen es die Menschen einfach nicht, warum der europäische Haushalt massiv aufgestockt werden soll, wenn alle Länder zu Hause versuchen, ihre Finanzen in Ordnung zu bringen. Die Mitgliedstaaten haben heute 3,5 Billionen Euro Schulden mehr als bei der Aufstellung des letzten EU-Haushalts. Der neue Haushalt muss dieser veränderten Sachlage Rechnung tragen.

Wir sehen, wie ernsthaft und methodisch Deutschland diese miteinander zusammenhängenden Fragen angeht. Bei uns wird diese Debatte eher laut und stürmisch geführt. Aber nach so langer Zusammenarbeit sollten wir diese Unterschiede akzeptieren können. Wir sollten uns beide davor hüten zu glauben, wir kennen die Meinung des anderen, ohne wirklich darüber gesprochen zu haben. Unser beider Ansichten sind für die Zukunft Europas wichtig.

Es liegt offensichtlich im Interesse Großbritanniens, dass die EU die Aufgaben, die ich beschrieben habe, bewältigt. Großbritannien wird hier engagiert mitarbeiten. Die Euroländer müssen tun, was zur Lösung der Krise erforderlich ist, aber die Union als Ganzes braucht nicht mehr Zentralisierung und Vereinheitlichung, sondern Flexibilität und eine variable Geometrie. Auf den verschiedenen Arbeitsfeldern sollten unterschiedliche Grade von Integration möglich sein. Dabei dürfen diejenigen, die nicht an allem teilnehmen wollen, nicht benachteiligt werden. Und das, was wir alle wertschätzen, muss erhalten werden.

Der Weg zu einem solchen Europa ist nicht einfach. Es wäre ein Europa, das seine Vielfalt schätzen würde und in dem sich alle Völker frei entfalten könnten. Ein Europa, das auf nachhaltigen demokratischen Fundamenten stünde. Ein Europa, das mit den rapiden Veränderungen in der Welt und den sich entwickelnden Interessen jedes einzelnen Mitgliedslands Schritt halten würde. Ein Europa für das 21. Jahrhundert.